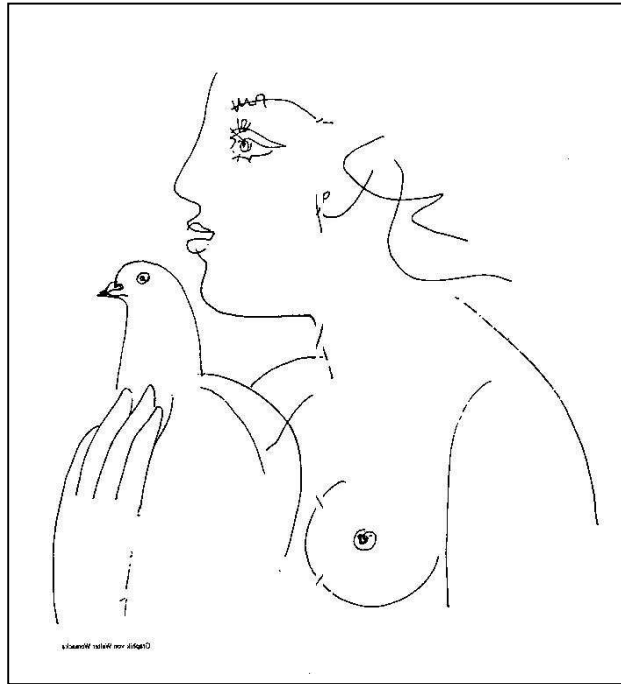


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 36



Von der Tübke - Abhängung über die Breker- Ausstellung bis zum Abbruch des Marx-Reliefs: Ideologie-Akte der Restauration, die zur Gegenwehr herausfordern

von

Dr. Klaus Höpcke

Redaktionsschluss: 10.März 2007

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin
Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Der vorliegende Text lag den Ausführungen zugrunde, die der Autor im Kolloquium „Priester der Klio? Neokonservativer Geschichtsklitterung Paroli bieten – Mit Werten des Humanismus gegen alt- und neu-backene Beschränktheit“, veranstaltet vom Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e. V. am 10. März 2007 in Berlin, in einer zeitlich bedingt gekürzten Fassung vorgetragen hat.

Frühling und Sommer gestalteten sich – politisch gesehen – im Jahre 06 des 21. Jahrhunderts in Deutschland in einigen Hinsichten anders als während der Jahre 01 bis 05. Es häuften sich Vorkommnisse zweifelhafter Art. Ihre zeitliche Abfolge ist auffallend dicht geworden, dichter als in Vorjahren. Politikforscher könnten in Anlehnung an ihre Kollegen Verbrechensermittler sagen, man habe es mit organisiertem Handeln zu tun. Wozu es nicht in jedem Fall einer den Sprachgebrauch und die Vorgehensweise per Vergatterung regelnden Zentrale bedurfte. Die Übereinkünfte wurden eher durch sich wechselseitig anheizende Auftritte hergestellt, die – aus welchen manchmal ziemlich unterschiedlichen Anlässen auch immer anberaumt – allemal in eine koordinierte Polit-Kampagne mündeten.

Eduard Beaukamp kommentierte die Eliminierung einer Tübke-Radierung aus einer Ausstellung im Thüringer Landtag als einen Eingriff, an dem alarmierend sei, „dass eine Aktenbeauftragte, die die Inquisition der DDR aufklären soll, die Gegeninquisition in Szene setzt und Bilder zensiert“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. August 2006, Seite 33)

Wie sehr er damit ein Charakteristikum vieler Eingriffe traf, mit denen wir es zu tun bekommen haben, erschließt sich, sobald man am Beispiel mehrerer Fälle Akte, Akteure, Antriebe und Probleme der Gegenwehr ins Auge fasst.

Akte und Akteure

Gegen Handke

Der **Akt** (Mai/Juni):

Es wird der Vorschlag einer kompetenten Jury, den Schriftsteller Peter Handke mit dem Düsseldorfer Heinrich-Heine-Preis auszuzeichnen, verworfen.

Die Akteure:

- a) manipulierte Medien, die darüber geifern, dass Handke Serbien gegen das Aggressionsverbrechen der NATO verteidigt hat, weswegen er den Heine-Preis keinesfalls erhalten dürfe,
- b) die gefügigen Düsseldorfer Stadtratsfraktionen von CDU, FDP, SPD und Grünen.

Gegen Tübke**Der Akt (Juli):**

Aus der im Thüringer Landtag gezeigten Ausstellung von Werken des Malers und Grafikers Werner Tübke wird eine 1957 entstandene Radierung entfernt, die zeigt, wie vor einem Menschenknäuel der Leichnam eines Gelynchten vom Laternenpfahl abgenommen wird, und die Bildunterschrift trägt: „Faschistischer Terror in Ungarn“.

Die Akteurinnen:

Frau Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski (CDU) und als Souffleuse die Stasi-Unterlagen-Landesbeauftragte Frau Hildigund Neubert. Sie verlautbaren: „Das Kunstwerk zum Volksaufstand von 1956 entspricht nicht dem vom Parlament vertretenen Geschichtsbild.“

Gegen Kisch**Der Akt (Mai):**

Einer breiteren Öffentlichkeit wird verkündet, der 1978 in Hamburg gestiftete Kisch-Preis („die begehrteste Auszeichnung für Journalisten deutscher Sprache“) trage neuerdings den Namen „Henri-Nannen-Preis“.

Die Akteure:

Im Jahr zuvor die Konzernspitzen von Bertelsmann/Gruner + Jahr mit der Umbenennungsentscheidung und jetzt die Redaktion der Zeitschrift CICERO und deren Autor Klaus Harpprecht mit der beflissenen Befürwortung des Entschlusses der Umbenener. Man könne nicht länger dem so begehrten Journalisten-Preis den Namen des „rasend-roten Reporters“ Kisch geben.

Gegen Grass

Der **Akt** (August):

Es wird in einer öffentlichen Veranstaltung erwogen, ob Günter Grass' SS-Mitgliedschaft nicht heftiger zu kritisieren sei als das „Mitläufertum“ des NSDAP-Mitgliedes und späteren Bundeskanzlers Kurt-Georg Kiesinger.

Der **Akteur**:

Hermann Schäfer, Stellvertreter des Bundesbeauftragten für Kultur, Bernd Neumann (CDU). Wohlgemerkt: Nicht das späte Eingeständnis von Günter Grass ist Gegenstand der Erwägung Schäfers, sondern er will den von Grass mit Recht „Oberrnazi“ genannten Nazibeamten in der Hitlerschen Propaganda- und Außenamtsbürokratie für weniger schlimm hinstellen als einen jungen Mann im Soldatenrang in Hitlers Militärmaschinerie.

Breker-Huldigung

Der **Akt** (seit 21. Juli):

Im Schweriner Schleswig-Holstein-Haus werden 70 Skulpturen des Star-Bildhauers der Nazis Arno Breker gezeigt.

Die **Akteure**:

Rudolf Conrades als Kurator der Ausstellung, der Landesminister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Prof. Dr. Hans-Robert Metelmann, aus dessen Ministerium 18.000,- Euro für das Vorhaben zur Verfügung gestellt wurden, und der Schweriner Kulturdezernent Hermann Junghans. Der Herausforderung, die Brekerschen Ausgeburten einer „total entseelten Gigantomanie“ (Ralph Giordano) den Betrachtern beim Anschauen *durchschauen* zu helfen, sind sie kaum gerecht geworden. „Zur Diskussion gestellt“, wie das Ausstellungsmotto hieß, konnte sich bei solchem Verharmlosungs-Umgang in die Devise wandeln: Der Huldigung anheim gegeben.

Abbruch des Marx-Reliefs vom Leipziger Universitätsgebäude

Der **Akt** (21.-24. August):

Das von Frank Ruddle, Klaus Schwabe und Rolf Kuhrt 1970 bis 1973 geschaffene große Bronzerelief über dem Universitätsportal, das einen Marx-Kopf inmitten diskutierender und demonstrierender Frauen und Männer zeigt, dem Aufbruch der Völker gewidmet, wurde mit Plasmaschneidegeräten gevierteilt und abtransportiert.

Auftraggebender **Akteur**:

Rektor Franz Häuser. Ob und wenn ja, wann wie und wo das Kunstwerk der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht werden soll, ist ungeklärt. Hauptsache erst mal: Vom zentralen Leipziger Platz ist es weg. Dort wird inzwischen auch das Universitätsgebäude mit Mensa und Hörsälen weggerissen.

Mahnmal-„Umsetzung“ am Greizer Park

Der **Akt** (August):

Ein Mahnmal mit einer Bronzeplastik des Berliner Bildhauers Jürgen Raul, das seit 1971 am Eingang des Greizer Parks stand, soll dort künftig nicht mehr stehen. Die von ihm ausgehende ernste Atmosphäre störe die für einen Landschaftspark gewünschte heitere Stimmung, heißt es. Das Mahnmal erinnert an die zwölf Zwangsarbeitslager, in denen die Nazis in Greiz sowjetische, polnische und andere „Ostarbeiter“ zu Hunderten ausgebeutet und umgebracht hatten.

Akteure des Beschlusses, der den Abriss als „Umsetzung“ ausgibt: CDU- und SPD-Stimmenmehrheit im Greizer Stadtrat.

Angedrohter Geldentzug für Brigitte-Reimann-Haus

Der **Akt** (Juli):

Es wird verlautbart, dem Literaturzentrum Neubrandenburg und seinem Brigitte-Reimann-Haus werde Ende 2007 die Förderung durch die Stadt aufgekündigt. Gefährdet ist eine Stätte lebendiger Arbeit mit heutigen Autoren und der Pflege des Erbes von Hans Fallada sowie von DDR-Schriftstellern wie – neben Brigitte Reimann – Helmut Sakowski und Joachim Wohlgemuth.

Der **Akteur**:

Oberbürgermeister Dr. Paul Krüger (CDU), der sich auf Folgen der Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern beruft.

Das Überschütten eines Stasi-Films mit Preisen

Der **Akt** (12. Mai):

Der Film „Das Leben der Anderen“ erhält den Deutschen Filmpreis in Gold sowie weitere sechs Preise (für Regie, Drehbuch, Kamera, Szenenbild, Haupt- und Nebendarsteller). Der Film zeigt (so das „Deutschland-Archiv“) „eine Gesellschaft, die bis in den innersten Zirkel der Privatheit vom Stasi-Gift zersetzt“ gewesen sein soll. Der Film ist (so Henry Hübchen im „Stern“-TV-Magazin) „eine rührselige Politschmonzette“.

Akteure der Preiszusprechung:

Die Mitglieder der Deutschen Filmakademie. Für den vom Publikum besonders geschätzten Film Wolfgang Kohlhaases „Sommer vorm Balkon“ hatten sie keinen Preis übrig. Für „Das Leben der Anderen“ hingegen folgte dem Berliner Preisessen noch der amerikanische Oscar. Auf dem Weg nach Los Angeles hielt sich der Regisseur Florian Henckel von Donnersmarck übrigens kurz in der Stadt St. Louis auf. Er sah dort eine Schiller-Statue. Da „durchwehte“ ihn „ganz klassisches Heimweh“, wie er in einem kürzlich im FOCUS (Heft 10 / 2007) gedruckten Tagebuch-Auszug festhielt. Die FAZ nahm das (in ihrer Ausgabe vom 9. März 2007, Seite 37) zum Anlass, mit nur leicht ironischem Unterton, mehr aber in ganz ernst vorgetragenen parallelisierenden Wallenstein-Wiesler-Exegesen Donnersmarck zum Schiller-Erben zu erheben. Über den Umgang dieses Regisseurs mit seinen Schauspielern gibt Alexander Osang in einer im SPIEGEL (Nr. 10 vom 5. März 2007) veröffentlichten klugen Psychogramm-Studie zu Ulrich Mühe einigen Aufschluss.

Bahnhofssperre gegen Ausstellung über Deportationen

Der **Akt** (Juli):

Einer Wanderausstellung über Deportationen unter dem Nazi-Regime und über die Rolle, die die Reichsbahn dabei spielte, wurde verweigert, auf Bahnhöfen in der Bundesrepublik Deutschland gezeigt zu werden.

Die **Akteure** dieser Bahnhofssperre sitzen in der Chefetage der Deutschen Bahn. Frage: Gedeckt seitens des Verkehrsministeriums? Vielleicht aber kam von dort auch der Tipp zu partiellem Einlenken, das inzwischen gemeldet wurde.

Missachtung des Buchenwald-Gedenkens durch Regierungsredner

Der **Akteur**:

Dr. Hermann Schäfer, Stellvertreter des Bundesbeauftragten für Kultur, Dr. Bernd Neumann (CDU) und Abteilungsleiter in dessen Amt. Er agierte als regierungsoffizieller Redner.

Der **Akt** (27. August):

Zum Auftakt des Kunstfestes Weimar kamen die Gäste im Deutschen Nationaltheater zum Eröffnungskonzert „Gedenken Buchenwald“ zusammen. Im Grußwort, das dem Konzert vorangestellt wurde, war von

den Gequälten und Ermordeten in den Nazi-KZ nicht die Rede. Statt dessen erging sich der Abgesandte der Regierung in Ausführungen über Flucht und Vertreibung Deutscher am Ende und nach dem Ende des Hitler-Kriegs. Der Redner habe sein Thema „auf grausame Weise verfehlt“, sagte Kunstfest-Intendantin Nike Wagner. Als „Zumutung“ bezeichnete Volkhardt Knigge, Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, die Rede. Bertrand Herz, einer der Überlebenden des KZ, Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos, nannte Schäfers Rede eine „offensichtliche Missachtung des Leides“ der NS-Opfer, die von einem offiziellen Vertreter der Bundesregierung nicht hinzunehmen sei.

Der bundestagspräsidiale Traum vom Ende der Glaubensfreiheit

Der **Akt** (ebenfalls am 27.8., am selben Tag wie der Schäfersche Weimar-Eklat):

Auf einem Festakt zum 850. Jahrestag der Weihe der Abteikirche des Benediktinerklosters Maria Laach wird gesagt, die Abkehr von der Religion in Europa sei beispiellos und müsse aufgehoben werden.

Der **Akteur**:

Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages. Er ging auch gleich den nächsten Schritt in dieser Sache: Er hat Papst Benedikt XVI. eingeladen, im Jahre 2007 vor dem Bundestag zu sprechen. Mit dem Papst hat ebenfalls Kanzlerin Dr. Angela Merkel diese Thematik erörtert. Sie will sich dafür einsetzen, in die Präambel einer künftigen europäischen Verfassung einen verpflichtenden Bezug auf christlichen Gottesglauben aufzunehmen. Zu glauben, was man persönlich für richtig hält, diese Freiheit soll in Frage gestellt werden.

Arbeit“geber“verbände verlangen, Mitbestimmung zu (er)drosseln

Der **Akt** (August):

Streit um künftige Mitbestimmung in Betrieben mit über 2000 Beschäftigten. Bisher bilden in Kapitalgesellschaften dieser Größe in Deutschland Anteilseigner und Arbeitnehmervvertreter mit jeweils 50 Prozent der Mitglieder den Aufsichtsrat, in welchem allerdings der von der Kapitalseite kommende Aufsichtsratschef zwei Stimmen hat, mit der bei Meinungsverschiedenheiten die Kapitalseite die Parität aushebelt und zeigt, wer „hier das Sagen hat“.

Die streitenden **Akteure:**

Arbeit“geber“verbände contra Gewerkschaften, Gewerkschaften contra Arbeit“geber“verbände. Die Bosse der Kapitalseite verlangen, den Anteil der Arbeitnehmersvertreter in den Aufsichtsräten von der Hälfte auf ein Drittel zu reduzieren, die Mitbestimmung also spürbar zu drosseln. Seitens der Gewerkschaften wird gefordert, dass die Oberbosse künftig mit einer Stimme statt mit einer die anderen erdrückenden Doppelstimme ausgestattet sein sollen.

Politischen Untaten wie den hier aufgelisteten dreizehn aus dem Frühjahr und Sommer 2006 (über die ich mich bereits am 21. September 2006 in der „jungen Welt“ kritisch geäußert hatte), wurden im Herbst und Winter weitere hinzugefügt. Drei davon seien - zwar nicht ganz so stichwortartig im Telegrammstil wie die bisher genannten, aber doch kurz und knapp – hier noch skizziert.

Wegschweigen eines Teufels in der Berliner Fröbelstraße und ersatzweise Verteufelung von Kommunisten

Der **Akt** (30. November 2006 bis März 2007):

Ausstellung in dem Gebäude Prenzlauer Allee/Ecke Fröbelstrasse in Berlin mit dem Titel „Hospital der Reichshauptstadt, Haftort der Geheimdienste, Bezirksamt Prenzlauer Berg 1889 – 1989“ in Gestalt von zehn Tafeln im Sozialamtskorridor sowie eines im Lukas Verlag erschienenen Begleitbuchs.

Die **Akteure:**

Berlin-Brandenburgische Geschichtswerkstatt, gefördert mit Mitteln der Stiftung Aufarbeitung. – Auf acht der zehn Tafeln wird Verteufelung von Kommunisten betrieben: ihre Tätigkeit im Rahmen der 1945 geschaffenen Selbstverwaltungsorgane wird als undemokratisch geschmäht; dass die Deutschlandpolitik der UdSSR auf die Bewahrung der Einheit des Landes und Berlins gerichtet war, wird geleugnet; die Auseinandersetzungen um Pro und Contra der Vereinigung von SPD und KPD in Berlin werden so hingestellt, als ob das Nein vieler Sozialdemokraten in Westberlin zum sofortigen Zusammenschluss eine grundsätzliche Absage an das Zusammengehen beider Parteien bedeutet hätte.

Die Pankower Stadträtin Almuth Nehring-Venus hat bei der Ausstellungseröffnung verfehlte Aussagen wie die erwähnten kritisiert. Dafür wurde sie im Berliner Abgeordnetenhaus von Rednern der CDU, FDP

und Grünen in einer Art begeistert, die das Parlament in eine kalte Kriegsklippschule verwandelte. Mit dem Ansinnen, sie mit einer Missbilligung abzustrafen, kamen die Oppositionsfraktionen zwar nicht durch. Aber in den Reigen derer, die Schelte austeilten gegen mutiges Eintreten für geschichtliche Wahrheiten, reihte sich auch der Vertreter der SPD-Fraktion Christian Gaebler ein.

Er verwies auf die Präambel der Koalitionsvereinbarung der vorigen Wahlperiode, um aus der das Recht herzuleiten, Frau Nehring-Venus, inzwischen Staatssekretärin im Amt des Wirtschaftssenators, Vorhaltungen zu machen. Er äußerte, kein Verständnis dafür zu haben, dass es „immer wieder zu Situationen“ komme, in denen Vertreterinnen oder Vertreter der Linkspartei „den Eindruck erwecken“, Teile der in der genannten Präambel und in anderen Verlautbarungen ausgesprochenen „klaren Verurteilung zu relativieren oder zu ignorieren“. Er nannte das „bewusste oder unbewusste Versuche der Anbiederung an die Ewiggestrigen“, erging sich in KPD-Verunglimpfungen wie seine Vorredner und forderte von der Linkspartei, sie müsse „konsequent und ohne Seitenpfade“ den Weg weiter beschreiten, der mit der 2002 unterschriebenen Vereinbarung und den Entschuldigungserklärungen zur KPD/SPD-Vereinigung eingeschlagen wurde. „Wir machen da auch keine Abstriche bei den Anforderungen“, rief er aus.

Stefan Liebich von der Linkspartei.PDS stellte einiges im Hinblick auf KPD/SPD-Vereinigung und Urabstimmung richtig, während er es versäumte, seinen Gegenspielern von der kalten Kriegsfront **einen der krassesten Fälle politischen Fehlverhaltens der führenden Kräfte der Bundesrepublik Deutschland in der deutschen Nachkriegsgeschichte** vorzuhalten. Dieses Fehlverhalten war die ablehnende Reaktion auf die sogenannte Stalin-Note vom 10. März 1952, die Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über die Grundlagen eines mit Deutschland abzuschließenden Friedensvertrags. Er sollte enthalten: Deutschlands Einheit, gesamtdeutsche Wahlen und Abzug der Besatzungstreitkräfte. An der Ablehnung dieser Chance mitgewirkt zu haben, ist schändlich. Da entstand historische Schuld gegenüber dem deutschen Volk. Die Spaltung der Nation wurde um eine beträchtliche Zeit verlängert. Wir bekamen es für Jahrzehnte mit einer, wie Eisenhower es ausdrückte, „festen und durchgehenden Front von der Ostsee bis zu den Alpen“ zu tun. – Von alledem in der Erwiderungsrede von Stefan Liebich als Sprecher der Linkspartei kein vollständiger Satz; seine Worte hierzu

erschöpften sich im Halbsatz „Obwohl Stalin tatsächlich länger ein einheitliches Deutschland wollte...“

Seinen Gesamt Denk- und -sprechansatz formulierte er in dieser Sache so: „Wenn Reden von Politikern und Politikerinnen unserer Partei so verstanden werden, dass sie stalinistische Politik verklären und relativieren würden, dass wir die dunklen Kapitel der Arbeiterbewegung weißwaschen wollen, dann ist es zuerst an uns nachzudenken, ob wir in jedem Moment und an jeder Stelle die richtigen Worte gewählt haben.“ - Mir scheint, es wäre ratsam, nicht weniger über eine abgewandelte Frage nachzudenken, die sich so formulieren ließe: Habe ich an der Stelle, die Berliner Abgeordnetenhaus heißt, die richtigen Worte gewählt, wenn ich unter Parlamentskollegen gewisse Unterschiede nicht zu erkennen vermag oder gewillt bin? Begeht man etwa einen Fehler, wenn man im Laufe der Zeit mitbekommt, dass es selbst im Kreise von Koalitionspartnern außer potentiellen politischen Verbündeten auch andere gibt? Konkurrenten sind und bleiben sie allemal. Und wie gehen wir damit um, wenn sie weniger ein Miteinander pflegen und sich mehr im Gegeneinander ergehen? Psychologische Kampfführung gegen Sozialisten und Sozialistisches gehört dabei zum bevorzugten Instrumentarium.

Wer darauf arglos, brav, einlenkungsbedürftig, anlehnungssüchtig reagiert, ist geliefert, lädt ein zu weiteren einschüchternden Ausfällen.

„Wer verschwand im Keller?“ lautet eine der am Gebäude Fröbelstraße/Ecke Prenzlauer Allee angebrachten Fragen. Über einen, von dem bekannt ist, dass er dort wegen eines schlimmen Verbrechens verhört wurde, war weder auf einer der zehn Ausstellungstafeln noch ist über ihn im Begleitbuch auch nur eine Zeile zu finden. Es handelt sich um Otto Emil Runge, jenen Mann, der am 15. Januar 1919 am Portal des Eden-Hotels mit seinem Karabinerkolben Rosa Luxemburg erschlug. Der Teufel, der in der Weimarer Republik und in Hitlerdeutschland unter falschem Namen lebte, wurde 1945 gefasst - dank der Aufmerksamkeit eines Genossen, der ihn über all die Jahre nicht aus den Augen verloren hatte. In der Ausstellung wird Runge weggeschwiegen.

Mancher mag angenommen haben, die Ausstellungsmacher hätten vielleicht vom Fall des Otto Emil Runge nichts gewusst. Wem solcherart „mildernde Umstände“ vorschwebten, der musste sich von einem der Ausstellungsmacher selber eines Schlechteren belehren las-

sen. In einem in der „jungen Welt“ am 20./21. Januar 2007 veröffentlichten Leserbrief zu Harald Wessels Artikel vom 13./14. Januar „ ‚Wer verschwand im Keller?‘ Gedenkstättenkultur heute: Vom offiziellen Umgang mit Otto Emil Runge, Beihelfer zum Mord an Rosa Luxemburg“, in welchem er die sarkastische Frage gestellt hatte, ob etwa auch Runge als „Opfer des Stalinismus“ figurieren solle, gab Reinhard Fuhrmann zu erkennen, dass ihm als „Verantwortlichem für diesen Teil der Ausstellung der Verzicht auf eine Dokumentation des Falls Runge nicht leichtgefallen“ sei. Also: Er wusste – und verschwieg. Er begründet seinen Verzicht so: Der Fall Runge habe in der sowjetischen Verhaftungspraxis in Berlin eine „absolute Ausnahme“ dargestellt. Und weiter: „Keine der für das NKWD gültigen Befehle und Gesetze rechtfertigte die Festnahme Runges. Die Erörterung der Frage, weshalb das NKWD sie dennoch vornahm, um damit einen Vorgang, der sechszwanzig Jahre zurücklag, aufzuklären, wie auch die Darstellung der weiteren Bearbeitung Runges bis zu seinem Tod am 1. September 1945 hätte den mir gesetzten engen räumlichen Rahmen gesprengt.“ - So lässt Herr Eppelmann „aufarbeiten“.

Etwas anders verfährt man mit der Tatsache, dass das hier in Rede stehende Gebäude unter dem Regime der Nazi-Diktatur ein Ort unmenschlicher Entscheidungen war, darunter über Zwangssterilisierungen. Dies wird zwar nicht gänzlich verschwiegen. In der breiteren Öffentlichkeit aber fand und findet man es umso mehr gänzlich „ausgeblendet“. So auch in der erwähnten Abgeordnetenhausdebatte.

Auf zwei der Ausstellungstafeln sowie in einem von Barbara Jacoby und Kay Kufeke für das Begleitbuch „Prenzlauer, Ecke Fröbelstraße. Hospital der Reichshauptstadt, Haftort der Geheimdienste, Bezirksamt Prenzlauer Berg 1889 – 1989“, Lukas Verlag 2006, geschriebenen Beitrag wird immerhin dokumentiert (vgl. Seiten 57/58), dass in diesem Haus während der 30er/40er Jahre an der Spitze des Gesundheitsamtes der promovierte Mediziner Erich Braemer tätig war, der die Umsetzung solcher Nazi-Gesetze betrieb wie „Reichsbürgergesetz“ (das Juden die Staatsbürgerschaft aberkannte bzw. deren Einbürgerung verbot) sowie das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und das „Ehegesundheitsgesetz“. Hier praktizierte eine Beratungsstelle für Erb- und Rassepflege“, die etwas betrieb, was „Aufartung“ „rassisch“ Förderwürdiger genannt wurde, ergänzt durch das Verhindern der Fortpflanzung „Minderwertiger“. „Erbgesundheitsge-

richte“ entschieden, wie aus Quellen hervorgeht, oft „wie am Fließband“ über Zwangssterilisationen. All dies – eine der übelsten Seiten dessen, was in den Mauern von Haus 3 des Komplexes Ecke Fröbelstraße geschehen ist – heute nur spärlich zur Sprache zu bringen, wenn von Schlimmem in der Vergangenheit gesprochen wird, sollte humanistischem Umgang mit Geschichte fremd bleiben.

Der Stein auf der Wiese in Friedrichsfelde

Der **Akt** (11. Dezember 06):

In der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde wurde ein Stein mit der Aufschrift „Den Opfern des Stalinismus“ auf der Wiese vor dem Mahnmal gesetzt.

Die **Akteure**: Lichtenberger Bezirksverwaltung und Förderkreisvorbändler sowie Abgeordnetenhauspräsident Walter Momper, der die Einweihungsrede hielt. Wegen undemokratischer Methoden beim Zustandekommen des Förderkreisvotums sind einige Mitglieder aus dem Verein inzwischen ausgetreten, darunter der prominente Forscher Prof. Dr. Günter Benser.

Befürworter des Steins wie Jürgen Hofmann sagen, er sei „nicht Gegenstück, sondern Ergänzung“. Diese Behauptung ist falsch. Man wählte als Platz die Stelle in gerader Linie gegenüber dem Gedenkstein „Die Toten mahnen uns“. Der umfassenden, die Opfergruppen nicht aufteilenden Aussage auf dem großen 1951 gesetzten und von Wilhelm Pieck eingeweihten Stein „Die Toten mahnen uns“ wird mit dem 2006 gelegten Stein „Den Opfern des Stalinismus“ ein Zeichen entgegengesetzt, mit dem aus der Vielfalt der denk- und gedenkwürdigen Opfer allein eine Kategorie herausgehoben werden soll, wobei die gewählte Bezeichnung, worauf ich noch zu sprechen komme, zu illegitimen Zuordnungen einlädt. Weiter: Handelte es sich, wie behauptet wird, um eine „Ergänzung“, wäre zu fragen: Wo sind die Steine „Den Opfern der Noskeschen Soldateska“ und „Den Opfern des Hitlerismus“?

Von Initiatoren des Steins wird ferner behauptet, die Idee dazu stamme von Professor Dr. Heinz Voßke, einst Leiter des Zentralen Parteiarchivs der SED. Auch diese Behauptung ist falsch. In der ihm gestellten Interviewfrage und in seinen Antworten – nachzulesen im ND vom 2./3. Dezember 1989 – ist von Gedenkt a f e l die Rede.

Den Gedenktafel-Vorschlag hielt und halte ich für richtig. Realisierbar an der Seite der in der Mauer der Gedenkstätte schon vorhandenen Tafel, auf der in historischer Akribie der in der Novemberrevolution 1918, in den Berliner Januarkämpfen 1919, im Kampf um die Bayrische Räterepublik, bei der Arbeiterdemonstration für das Betriebsrätegesetz im Januar 1920 vor dem Reichstag, bei der Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920, im Kampf gegen die Reaktion in Mitteldeutschland 1921, in der Roten Ruhrarmee und beim Hamburger Aufstand 1923, im Polizeiterror am 1. Mai 1929 in Berlin, im spanischen Freiheitskampf und unter der Nazi-Herrschaft ermordeten, gefallenen, umgebrachten Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Demokraten gedacht wird. Daneben hätte eine Tafel mit ebenfalls konkreter Bezugnahme auf Ljubjanka, Workuta usw. ihren würdigen legitimen Platz. Damit käme man auch weg von der Vermengung der durch die Machtorgane der UdSSR mit Recht bestraften Kriegsverbrecher mit Opfern Stalinschen Terrors, einer unerträglichen Vermengung, die betreibt, wer mit dem solche Unterschiede einebnenden Stalinismus-Etikett operiert.

Die Beschuldigung der Stein-Initiatoren, wer ihren Stein ablehne, wolle Stalin verherrlichen und missachte die stalinistischen Opfer, ist infam. Hans Modrow hat in seiner Rede in Ziegenhals am 13. Februar 2007 derartige Anwürfe mit Recht zurückgewiesen.

Biermann als Berliner Ehrenbürger

Wolf Biermann 1976 nach seinem Konzert in Köln die Rückkehr in die DDR zu verweigern, war eine schwere politische Fehlentscheidung – vor allem, weil Ausbürgerung generell und zumal in einem deutschen Staat gegen die grundlegenden Menschenrechte verstößt. Während der inzwischen vergangenen Jahrzehnte hat Biermann Anlass zur Freude über Engagement für Menschenrechte hier und in der Welt nicht gegeben. Er befürwortet die 2003 in Gang gesetzte völkerrechtswidrige USA-Aggression gegen Irak und die anhaltende terroristische Okkupation des Landes. Und im „Spiegel“ (39/1992, Seiten 81-92) trieb er eine Vision des Aufhängens einstiger DDR-Verantwortungsträger so sehr ins Äußerste, dass er seine Fantasien am Ende selbst hassdumm fand. Er erging sich im Verherrlichen von Kriegsverbrechen. Er kokettierte mit Lynchjustiz. Damit stand und steht er in striktem Gegensatz zu der Mehrheit der Demonstrantinnen und Demonstranten im Herbst '89. Die nahmen eine der Hauptlosun-

gen ihres Agierens – „Keine Gewalt“ – ernst wie ihre Partner auf staatlicher Seite.

Nun ernennt – das ist der Akt – nach Beschluss des Abgeordnetenhaus-Mehrheit und des Senats Berlin, die Stadt mit dem Ehrennamen „Stadt des Friedens“, 2007 zum Ehrenbürger, Ehrenmann einen Menschen, der erstens Krieg und zweitens Hängen von Mitbürgern propagiert. Unter den Akteuren, die das betrieben haben, ist an erster Stelle Herr Lehmann-Brauns von der CDU zu nennen. Der hat im Sommer 2002 in einer Diskussion über das Berliner Erinnern an Rosa Luxemburg, wo es um Denkmal und Denkzeichen und um die politischen Überzeugungen der zu Ehrenden ging, mich gefragt, wann der Rosa-Luxemburg-Platz „rückbenannt“ werde. Er versuchte, Rosa Luxemburg als Antidemokratin hinzustellen – wegen ihrer Unterstützung der Berliner Arbeiter in ihren Kämpfen im Januar 1919 für die Rettung der Demokratie. Lehmann-Brauns will den Platz vor der Volksbühne wieder nach Bernhard Heinrich Mathias Fürst von Bülow benannt sehen. Bülow war der 1900 von Wilhelm II. zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten bestimmte Mann, der per Kolonien-erwerb, Bau der Bagdadbahn und Aufbau der Kriegsflotte das „für Deutschland“ anstrebte, was er „einen Platz an der Sonne“ nannte. Er war einer der Vorbereiter des ersten Weltkriegs.

Sofern Lehmann-Brauns auf diesen seinen Helden zurückkommen möchte, nachdem ihm der Biermann-Coup gelungen ist, werden da die jetzigen Stimmenthalter immer noch in ihrer Unentschiedenheit verharren? **Politische Enthaltensamkeit kann schneller als gedacht in politische Entsagung umschlagen.** Es mag sein, dass die Betroffenen es selbst nicht mal bemerken... Dem Publikum aber fällt so was auf. Politabstinentzler auf dem Pfad zur Politikaskese – eine Einladung zur Wahl oder gar zu aktivem Mitwirken kann darin kaum wahrgenommen werden. Eher wohl eine Animation zu einem Vorgang anderer Art: Wer in bezug aufs Ausarbeiten und Vertreten eigenständiger sozialistischer Politik-Positionen sich immer wieder als Abstinentzler und Asket übt, bekommt es vielleicht mit der verdienten demokratischen Antwort zu tun, immer öfter mal nicht wieder gewählt zu werden.

Antriebe

Dreierlei soll der Bevölkerung in Deutschland mit den massierten Ideologieattacken der Restauration eingetrichtert werden:

Erstens. Ihr sollt nicht für den Frieden zwischen den Völkern eintreten, wenn Eure Regierer gerade mal wieder dabei sind, das Land in eine Kriegsbeteiligung und deren Verschlimmerung hineinzuziehen.

Zweitens. Ihr sollt nicht die Traditionen des Humanismus hoch achten. Ihr sollt bezweifeln, dass in der Geschichte diese Traditionen wirklich die Menschheit und in ihr auch unser Volk vorangebracht haben. Ihr sollt Euch mit der Abwertung aller fortschrittlichen Bestrebungen und der Aufwertung des Reaktionären abfinden.

Wir erleben, wie der Historiker Hannes Heer in seinem „krassen Urteil“ im Streit um Günter Grass feststellte (Neues Deutschland, 4. September 2006, Seite 19), „eine Zeit des Umschreibens der Geschichte, eine geschichtspolitische Wende“. Besonders heftig wird das Umschreiben der Geschichte beim Leugnen oder Verleumden von allem, was in der DDR geleistet wurde, betrieben.

Drittens. Ihr sollt nicht selbst bestimmen wollen, was Ihr erlebt habt, was Ihr denkt und glaubt und tut. Richtet Euch nach den Sprüchen, die Euch in den elektronischen Medien vorgesagt werden...

In seinem historischen Roman „Nach dem großen Aufstand“ hat Erik Neutsch am Schicksal des bedeutenden Malers Matthias Grünewald vor und nach den Bauernkriegen in Deutschland ein über die damalige Zeit hinaus gültiges Bild davon entworfen, wie die alten Herrschaftskräfte nach Niederschlagung derer, die den Aufbruch zu Neuem gewagt hatten, Jahr für Jahr mit immer weiteren Drangsalierungen gegen die Kräfte des Volkes aufwarteten, weil diese die Gründe ihres Aufbegehrens als nicht erledigt begriffen – der Niederlage zum Trotz.

Dem sieben Jahrzehnte währenden schwierigen Versuch, eine die kapitalistische Ausbeutungsunordnung überwindende neue Ordnung politischer Freiheit, sozialer Gleichheit und solidarischer Menschlichkeit herbeizuführen, folgten im 20. und 21. Jahrhundert bisher anderthalb Jahrzehnte einer rabiaten Kapitalmacht-Restauration und des Tilgens sozialistischer Spuren. Mit den Ergebnissen sind die Tilgenden unzufrieden. Weltweit und hierzulande. Die von der US-Administration

betriebenen Militärationen werden mehr und mehr als Aggressionskriege erkannt und verurteilt. Und was in Deutschland die mit dem Zusammenschluss von BRD und DDR verbundenen Probleme betrifft, so haben die von den Parteien CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis90/Die Grünen in unterschiedlichen Variationen gestellten Regierungen zu verantworten: Entindustrialisierung und Schritte zur Entvölkerung Ostdeutschlands, „Entsorgung“ großer Teile der wissenschaftlich-technischen und künstlerischen Intelligenz, die zu DDR-Zeiten hier viel geleistet haben. „Abgewickelt“ wurde eine Vielzahl fachlich und gesellschaftlich qualifizierter Führungskräfte. Von einer geistigen Bewältigung des „Vereinigung“ genannten Vorgangs kann erst recht nicht die Rede sein. Zur Verschärfung dieses Defizits trägt die Tatsache bei, dass in Gesamtdeutschland an den Universitäten die Geisteswissenschaften eingeschränkt werden – aus Angst vor dem dort wenigstens teilweise anzutreffenden kritischen Potenzial.

Nun sollen es Ideologie-Akte der Restauration „richten“. Es handelt sich um Attacken, deren Kern die immer borniertere Schmähung der DDR und die damit verbundene immer schamlosere Schmälerung der Rechte ihrer einstigen Bürgerinnen und Bürger bei Einkommen und in anderen Lebensfragen heute ist. So laufen sie darauf hinaus, die regionalen und sozialen Spaltungen im Lande noch im Nachhinein heute und künftig weiter zu vertiefen.

Gegenwehr

Wie es heute möglich ist, sich zu wehren, dafür lieferten muntere Zeitgenossen mit Rückgrat in mehreren der Fälle mutige und ermutigende Verhaltensmuster. Der Journalist Eckart Spoo, die Schauspielerin Käthe Reichel und der Schauspieler Rolf Becker haben eine Initiative in Gang gebracht, Peter Handke statt des verweigerten Düsseldorfer Heine-Preises nun einen Berliner Heinrich-Heine-Preis zuzusprechen, und Handke hat gebeten, anstelle einer Auszeichnungsgeste für ihn eine Auszahlung der gesammelten Gelder für den Preis an jugoslawische Aggressionsopfer vorzunehmen. In einer Podiumsdiskussion in der Akademie der Künste nannte es der Schriftsteller Volker Braun eine Verwahrlosung der Wahrnehmung, wenn einer, der den vom kriegerischen Überfall Gepeinigten beisteht, für seine solidarische Haltung angeprangert wird. Die Gedenkstätte Buchenwald erwarb demonstrativ eine der Grafiken Werner Tübkes zu Ungarn 1956. In

der „jungen Welt“ erhielt Harpprechts Abwertungsarie gegen Egon Erwin Kisch eine fundierte Erwiderung durch Harald Wessel, und die „Helle Panke“ veranstaltete gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Herbst 2006 ein Kolloquium zu Kisch in Berlin. Gegen die Ansätze zur Gewöhnung an Breker in Schwerin erhoben viele Künstler des Landes Mecklenburg-Vorpommern und über das Land hinaus entschiedenen Protest.

Ein möglicherweise Schule machendes Beispiel für demokratischen Einspruch gegen regierungsamtliche Verantwortungslosigkeit gaben die Gäste des Konzerts zum Buchenwald-Gedenken im Deutschen Nationaltheater Weimar. Durch Hüsteln, Räuspern, Murren, zornige Zwischenrufe – unter anderem mit der Forderung „Aufhören“ – und schließlich mit einem das Weiterreden verhindernden lauten Klatschen haben sie den fortgesetzten Missbrauch des Rednerpults als Reklameplatz für zweifelhafte Vertreibungsausstellungen unterbunden. Zwei grundsätzliche Entscheidungen der Regierung nach diesem Eklat stehen allerdings noch aus. Inhaltlich: die Verurteilung des Inhalts der Schäferschen Ausführungen. Personell: die Versetzung des Mannes an eine Stelle, an der er weniger politischen Schaden anrichten kann.

Die Äußerung Norbert Lammerts, die Säkularisierung in Europa sei beispiellos und müsse aufgehalten werden, hat das ihr gebührende Echo bisher noch nicht gefunden. Man geniert sich fast, gebildeten Menschen in Erinnerung zu bringen, was sie im Laufe ihrer Studien wahrscheinlich doch als Wissen erworben haben: Die Renaissance hat das europäische Denken weitgehend aus der kirchlichen Bevormundung gelöst. Die Aufklärung im 18. und die Emanzipationskämpfe der Arbeiter, der Frauen, der kolonial unterdrückten Völker im 19. und 20. Jahrhundert haben im Sinne des Losungsworts der Französischen Revolution von 1789 „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ den Völkern des Kontinents und der Welt hohe Kultur erstritten.

Der Ansicht, das positive Menschenbild der Aufklärung sei heutzutage „endgültig zerstört“, sollten wir uns nicht anschließen. Dass durch Umwälzung der sozialen Verhältnisse im Wechselspiel mit geistiger Emanzipation ein gedeihliches Zusammenleben der Menschen in jedem Lande und auf der Erde im ganzen erreichbar sein kann, halten wir gerade im 21. Jahrhundert für eine verpflichtende Aufgabe und realistische Aussicht. Sie haben wir auch künftig vor Augen statt uns

einreden zu lassen, das sei eine Utopie, die wir gefälligst zu begraben hätten.

Worauf Aufrufe wie der von Herrn Dr. Lammert hinauslaufen, das las sich auf in Berlin geklebten Plakaten so: „Werte brauchen Gott“. Menschen mit nichtreligiösen weltanschaulichen Überzeugungen und ethischen Grundsätzen ohne Gottesbezug soll so die Fähigkeit zu wertorientiertem Denken, Fühlen und Handeln abgesprochen werden. Glaubensverbreitung durch Gewalt ist widersinnig, hat Papst Benedikt XVI. in Regensburg zu bedenken geben wollen, lesen wir in nachträglichen Interpretationen. Nun denn: Halte man sich daran – in allen drei Gewalten: der legislativen, der exekutiven (mit und ohne Schwert) und der judikativen. Wer vom eigenen Gottesglauben abweichende Anschauungen mit Mitteln der drei Gewalten oder einer von ihnen zu bekämpfen sich anschickt, handelt widersinnig. Das gilt auch für die angestrebte Implantierung einer christianisierenden Floskel in den Text eines künftigen europäischen Verfassungsvertrags.

Neben der Überwindung von Antiaufklärungsmentalität wird immer wichtiger die Auseinandersetzung mit verkapptem (durch Anthropologisierung betriebenen) Hitlerkult und ebenso verkapptem Nazikult (durch „Volksstaat“ – Mythen).

Anregungen aus dem Erbe von DDR-Politik

In jedem einzelnen Fall bedürfen Akte und Akteure der hier betrachteten Art der Zurückweisung, Widerlegung, Gegenwehr – punktuell und übergreifend. Daneben sollten mehr als bisher eigene Arbeiten über Leben in der DDR entstehen und öffentlich vorgestellt werden. Dabei geht es in der einen und der anderen Form um Arbeit an der schon erwähnten Erkenntnis: Zwischen Schmähung der DDR und fortgesetzter Schmälerung der heutigen und künftigen Ansprüche ihrer einstigen Bürgerinnen und Bürger sowie deren Kinder und Kindeskinde und aller sozial schwächeren Menschen in ganz Deutschland besteht ein ursächliches Wechselverhältnis. Wer wieder stärker als Interessenvertreter der arbeitenden Menschen, der Rentner und der Arbeitslosen wahrgenommen werden will, muss im Bewusstsein dieses Zusammenhangs handeln.

Wenn es um die sogenannte Aufarbeitung von Vergangenheit in der DDR geht, ist selbstverständlich über Krisenmomente wie in den Jah-

ren 1953 und 1956 zu sprechen, was ja schon des Öfteren geschieht. Darüber hinaus verdienen fruchtbare Ansätze, Konzepte und Arbeitsergebnisse im industriellen Bereich, in der genossenschaftlichen Landwirtschaft, auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet (hier z. B. das innovative 6. ZK-Plenum 1972) Aufmerksamkeit. Gebrauchte werden persönliche Erfahrungen, Erinnerungen; Sammlung und Analyse von empirischem Material; systematische und komplexe Untersuchungen, die den Zugang öffnen zum Verständnis von DDR-Leben. Zum Beispiel im Schulwesen, in dem es manches gab, was nicht erst aus Finnland reimportiert werden muss, um gegen den weiteren Niedergang des Bildungsniveaus in Deutschland genutzt werden zu können. Um ein weiteres existenzielles Problembeispiel zu nennen: Anregungen sind aus dem widerspruchsvollen DDR-Erbe auch zu holen für eine alternative Bevölkerungsentwicklung, durch welche die Vergreisung aufgehalten und eine Verjüngung erreicht werden könnte.

Gegenüber dem, was in der wirtschaftlich vergleichsweise armen DDR an gesellschaftspolitisch kultivierter Kinderfreundlichkeit erreicht wurde, ist doch das, was wir jetzt unter Kohl, Schröder und Merkel in der wirtschaftlich vergleichsweise so viel reicheren Bundesrepublik erleben, beschämende Kinderfeindlichkeit. Und das meiste von dem, was zur Behebung der Lage hochhoffiziell erörtert wird, ist nicht wirklichkeitsbezogene Politik, sondern professionelle Selbstermüdung durch unaufhörliches Schwatzen. Da lob' ich mir die in dieser Frage in der DDR erfolgreich praktizierte politische Tatkraft, die vor 35 Jahren dank der Abschaffung des Paragraphen 218 und der kurz darauf herbeigeführten sozialpolitischen Maßnahmen einen spürbaren Anstieg der Geburten bewirkte. Mit Politik lässt sich mehr erreichen als manche Regierer den Leuten einreden wollen, wenn der Inhalt politischer Forderungen ihnen nicht passt.

Kommt in programmatischen oder praktisch-politischen Debatten zur Sprache, dass es hilfreich sein könnte, sich öfter auf in der DDR schon gefundene und erprobte Lösungen zu besinnen, dann werden gelegentlich Einwände folgender Art feilgeboten: Ein „Aufgreifen von Konzepten vergangener Jahrzehnte“, heißt es, „verkenne“, dass sie „kaum noch über funktionierende Anknüpfungspunkte in der Gesellschaft verfügen“. Dabei entbehrt es allerdings nicht einer gewissen Pikanterie, dass die den als überholt hingestellten Handlungsmustern sozialistischer Provenienz, aber auch sozialstaatlichen Regelungen aus der

kapitalistischen BRD in den Jahren bis 1989 jetzt gegenübergestellten „neuen“ Handlungsorientierungen auf nichts weiter als auf Zugeständnisse an den Marktradikalismus hinauslaufen. Gegen den zu kämpfen aber hatte sozialistische Politik nicht nur früher allen Grund, sondern auch in Gegenwart und Zukunft.

Abschließend eine methodisch-methodologische Empfehlung. Sie knüpft an eine neuere Beobachtung an, nämlich: Wenn von soliden Kennern ausgesagt wird, in der DDR seien durchaus auch ganz brauchbare Entscheidungen getroffen worden, widersprechen ihnen auf DDR-Abwertung getrimmte und geeichte Experten in letzter Zeit seltener einfach ganz und gar, obwohl auch das nach wie vor vorkommt. Häufiger sagen sie statt dessen: „Ja, ja, das mag sein.“ Und dann fügen sie ihr großes ABER hinzu: Beabsichtigt worden aber sei doch auch mit solchen als gut und nützlich empfundenen Beschlüssen, Gesetzen und Verordnungen Böses: festere Bindung der Bevölkerung an den Staat, Einfluss auf das, was die Bürgerinnen und Bürger denken und fühlen und wie sie handeln. Meinen Sie nicht auch, dass Schluss gemacht werden sollte mit dieser irrsinnigen retrospektiven negativen Teleologie, der zufolge nicht nur verurteilenswürdigen Untaten, sondern auch jeglichen guten Taten in der DDR-Gesellschaft allemal böse Absichten zugrunde gelegen haben sollen?

Goethe lässt im „Faust“ den Naivling Wagner verzückt ausrufen, es sei „ein groß Ergetzen,/ Sich in den Geist der Zeiten zu versetzen“, worauf Faust ihm Bescheid gibt: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt,/ Das ist im Grund der Herren eigner Geist,/ In dem die Zeiten sich bespiegeln.“

Unsere Sache ist: Dem „Ergetzen“ der Zeitgeist-Produzenten entgegenzuwirken, dieses „Ergetzen“ zu zerfetzen.